

NIEDERSCHRIFT

über die am Donnerstag, 19. Dezember 2019, mit dem Beginn um 19 Uhr 03, Ende um 21 Uhr 50, im Sitzungszimmer des Gemeindeamtes stattgefundene

24. GEMEINDERATSSITZUNG

Anwesende:

Bgm. Hilde Gaggl (ÖVP)
Vbgm. Gernot Bürger (ÖVP)
Vbgm. Brigitte Lebitschnig (SPÖ)
GV Helga Beschliesser (ÖVP)
GV Manfred Bacher (SPÖ)
GV Irmgard Neuner-Forelli (GRÜNE)

Gemeinderäte:

Eduard Kovacevic, Christian Koren, Franz Salcher, Alexander Petritsch, Florian Habich (alle ÖVP)
Mag. Felizitas Karisch, Edda Türk, Walter Zedrosser (alle SPÖ)
Dr. Maureen Devine, Heinz Blassnig, Mag. David Dapra (alle GRÜNE),
Ing. Mag. (FH) Dr. Markus-Andreas Steindl, Reinhard Zinner (beide FPÖ), Ing. Franz Bürger (NEOS)

In Vertretung:

Allesch Elisabeth (ÖVP), Mag. Macher Ingrid (SPÖ)

Entschuldigt:

Waltraud Hudelist (ÖVP), Felizitas Nagele (SPÖ)

Schriftführer:

AL Gerald Benedikt

Die Vorsitzende begrüßt die Anwesenden, eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Tagesordnung:

1. Bestellung der beiden Protokollprüfer

Die Vorsitzende stellt fest, dass gemäß § 45 Abs. 4 K-AGO zwei Protokollprüfer aus der Mitte des Gemeinderates zu bestellen sind. Die Vorsitzende stellt den Antrag, es möge der Beschluss gefasst werden, die Protokollprüfer von den Fraktionen GRÜNE und NEOS zu bestellen.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, Herrn GR Heinz Blassnig und Herrn GR Ing. Franz Bürger als Protokollprüfer zu bestellen.

Die Vorsitzende beantragt sodann folgende Abänderung der Tagesordnung:

Aufnahme unter

TP 2. „Nachwahl eines Mitgliedes und Ersatzmitgliedes der Gemeinderatspartei SPÖ in den Gemeindevorstand und Angelobung der gewählten Gemeindevorstandsmitglieder und Ersatzmitglieder“

Absetzung des

TP 13. „Maria Luise Jaritz, Sportbrücke zum Zwecke eines Bootsverleihs, Kündigung und Nachmieter“, da noch weitere Abklärungen mit dem Nachmieter erfolgen müssen.

Vom Gemeinderat werden diese Abänderungen einstimmig zur Kenntnis genommen.

2. Nachwahl eines Mitgliedes und Ersatzmitgliedes der Gemeinderatspartei SPÖ in den Gemeindevorstand und Angelobung des gewählten Gemeindevorstandsmitgliedes und Ersatzmitgliedes

Die Vorsitzende berichtet, dass Herr Gemeindevorstand Mag. Hermann Bürger mit Schreiben vom 16.12.2019 sein Gemeinderatsmandat zurückgelegt hat. Durch die anspruchsberechtigte Gemeinderatspartei SPÖ ist ein Wahlvorschlag für die Nachwahl eines Gemeindevorstandes und eines Ersatzmitgliedes gem. § 24 K-AGO bei der Vorsitzenden einzubringen. Dieser muss von mehr als der Hälfte der Angehörigen jener Gemeinderatspartei unterschrieben sein, der nach dem Verhältniswahlrecht Anspruch auf Vertretung im Gemeindevorstand zukommt. Die Vorsitzende hat die vorgeschlagene Person für gewählt zu erklären.

Die Bürgermeisterin erklärt die Personen auf dem Wahlvorschlag (Anlage 1) für gewählt.

Danach erfolgt die Angelobung des Gemeindevorstandsmitgliedes Manfred Bacher und des Gemeindevorstand-Ersatzmitgliedes Walter Zedrosser in die Hand der Bürgermeisterin, die folgende Gelöbnisformel verliest, mit den Worten „ich gelobe“:

„Ich gelobe, der Verfassung, der Republik Österreich und dem Land Kärnten Treue zu halten, die Gesetze zu beachten, für die Selbstverwaltung einzutreten, meine Amtspflicht unparteiisch und uneigennützig zu erfüllen, die mir obliegende Verschwiegenheit zu wahren und das Wohl der Gemeinde nach bestem Wissen und Gewissen zu fördern.“

3. Stellenplan 2020, Beratung (GV 31/19) und Beschlussfassung

Über Ersuchen der Vorsitzenden berichtet der Amtsleiter, dass im Stellenplan 2020 - wie bereits im Stellenplan 2019 - 33 ständig Bedienstete vorgesehen sind.

Zentralamt:	12 Bedienstete
Wirtschaftshof:	9 Bedienstete
Kinderbetreuungen:	11 Bedienstete
Volksschule	1 Bedienstete

11 Planstellen wurden für Saisonbedienstete vorgesehen.

In der Sitzung des Gemeindevorstandes am 16.12.2019 wurde einstimmig beantragt, der Gemeinderat möge den Stellenplan beschließen.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig den vorliegenden Stellenplan, wie vom Gemeindevorstand beantragt.

4. Voranschlag 2020, Beratung (WirtA 16/19, GV 31/19) und Beschlussfassung

Über Ersuchen der Vorsitzenden berichtet Frau GV Helga Beschliesser darüber, dass neue gesetzliche Voraussetzungen für die Erstellung des Voranschlages gelten, und dieser der erste wäre, der nach der VRV 2015 mit einer Zwei-Komponenten-Buchhaltung erstellt wurde. Dieser Voranschlag ist in seiner Ansicht und Gliederung mit dem in der Vergangenheit angewandten Kameralen System nicht vergleichbar. Der gesamte Finanzierungshaushalt weist eine Summe bei den Einnahmen von EUR 9,113.100, -- und bei den Ausgaben EUR 9,032.800, -- auf. Die sich daraus ergebende Differenz ist in den Gebührenhaushalten veranschlagt.

Der Voranschlag 2020 wurde am 03.12.2019 überprüft und freigegeben. Im Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus am 09.12.2020 wurde der Voranschlag beraten und mehrheitlich beantragt, der Gemeinderat möge wie folgt beschließen:

- den Voranschlag 2020
- den mittelfristigen Finanzplan 2020 bis 2024
- einen Kassenkredit in der Höhe von EUR 200.000, -- und
- die Verrechnungstunden für Bauhof, HV, Maschinen/Fahrzeuge

In der Sitzung des Gemeindevorstandes am 16.12.2019 wurde der Antrag des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus mehrheitlich an den Gemeinderat zur Beschlussfassung weitergeleitet.

In ihrem weiteren Bericht spricht sie Lob an den Finanzverwalter und das Amt aus. Die Prüfung durch das Amt der Kärntner Landesregierung, Abt. 3, ergab keine Beanstandungen, alles wurde ordnungsgemäß erstellt.

Sie teilt mit, dass in einer Referentenbesprechung dieser Voranschlag ausführlich besprochen und die prekäre Situation dargestellt wurde.

Im Ausschuss waren die Ausschussmitglieder gut vorbereitet, es gab eine sehr sachliche Diskussion, und alle Fragen wurden beantwortet. Nach langer Diskussion wurde dieser Voranschlag mit 6 : 1 beschlossen, im Gemeindevorstand ergab die Abstimmung 3 : 2 Stimmen.

Der Voranschlag ist im Internet veröffentlicht und kann auch im Amt eingesehen werden.

Vom Amt wurde eine vergleichbare Amtsvorlage erstellt, aus welcher sie die Zahlen im Einzelnen verliest.

Das Budget ist ausgeglichen erstellt und wurde von allen Fachleuten als solide und ordentlich erstellt bezeichnet.

In der darauffolgenden Diskussion bedankt sich Frau Vbgm. Lebitschnig bei Frau GV Beschliesser und dem Finanzverwalter Herrn Rossin. Gleichzeitig stellt sie fest, dass die SPÖ-Fraktion dem Budgetentwurf aus folgenden Gründen nicht zustimmen werde: erstens wegen der Einstellung der Stadtwerke-Busse, da das Budget nach diesen Kriterien keinen Betrag dafür vorsieht, und außerdem für Familien, Jugend und Sport Kürzungen vorgesehen sind.

Die Bürgermeisterin teilt zur Bus-Situation mit, dass die Lage erst seit Oktober bekannt ist. Bis dato fahren die Stadtwerke-Busse gratis nach Klagenfurt. Die Hintergründe waren auch ausführlich durch Frau GV Neuner-Forelli in der Zeitung beschrieben. In der Gemeinde wurden die alten Akten durchforstet, aber nichts Vertragliches mit den Stadtwerken gefunden. Alle möglichen Personen suchen derzeit in diversen Archiven. In den letzten 30 Jahren haben die Stadtwerke schon öfter eine Zuzahlung durch Krumpendorf angedroht. Bis jetzt hat Krumpendorf aber noch keine Zahlungen an die Stadtwerke geleistet, weshalb auch – wie behauptet – keine diesbezüglichen „Streichungen“ im Budget vorgenommen werden konnten. Heuer wurde von den STW-Vorständen eine hohe Zuzahlung durch Krumpendorf bei Androhung einer empfindlichen Einstellung des Busverkehrs verlangt, und zwar rund EUR 200.000,--. Verschiedenste Vorschläge der Stadtwerke langten ein, z. B. nur mehr jene Fahrten zu übernehmen, welche sich für sie rechnen (z. B. Schülerbusse), oder mit dem Bus nur noch bis zum

Hotel Wörthersee zu fahren. Erst jetzt aber wurde ein entsprechender Plan – gleichzeitig mit der entsprechenden Fahrplanumstellung – vorgelegt, laut welchem Samstag und Sonntag kein Bus mehr fahren würde. Danach hat sich auch „Fahrgast Kärnten“, Herr Kaltenbacher, eingeschaltet, und es wurde eine Staffelung des Fahrplans mit Herrn Kaltenbacher ohne die Gemeinde vereinbart. Danach hätte Krumpendorf EUR 30.000,-- alleine für die Wochenendbusse zahlen müssen. Zu allem Überfluss wurde dann in den Bussen auch noch ein anderer Fahrplan ausgehängt, als der, der der Gemeinde vorlag. Im Herbst, teilt die Vorsitzende mit, sei ein Hearing des Verkehrsverbunds Kärnten für die Region Wörthersee vorgesehen, wobei jede Gemeinde einzeln geprüft werde. In der Besprechung bei Bürgermeisterin Mathiaschitz unter Anwesenheit von Vbgm. Lebitschnig und GR Mag. Hermann Bürger wurde eine Übergangslösung vereinbart, welche EUR 2.000,-- pro Monat kostet. Diese Übergangslösung gilt bis Ende Jänner 2020. Gestern hat die Vorsitzende auch mit LR Schuschnig und Dr. Krainer vom Amt der Kärntner Landesregierung gesprochen. Vorgesehen ist, dass Krumpendorf im Nachtragsvoranschlag EUR 30.000,-- dotiert und die Stadtwerke werden bekanntgeben, wie viele Busse dafür fahren. Mit dem Elternverein und den Betrieben in Krumpendorf sollen Gespräche geführt werden um zu schauen, wo/wann am dringendsten Busse benötigt werden. Krumpendorf wird es finanzieren, aber dann gleichzeitig anderweitige Streichungen vornehmen müssen.

Ein weiteres Problem stellt die Bahn dar. Die ÖBB werden barrierefrei. Baubeginn wäre im heurigen Jahr gewesen, dieser hat sich jedoch verzögert. Bei der Kostenfrage wurde festgestellt, dass der Bau die Gemeinden nichts kostet. Allerdings müssten die Gemeinden EUR 10.000,-- jährlich zur Wartung des geplanten Personenaufzugs zahlen. Weiters gibt es einen alten Vertrag aus den 70er Jahren, wonach die Gemeinde die Instandhaltung, etc. übernehmen muss. Die Juristin der Bahn hat vorgeschlagen, dass die Gemeinde nur EUR 50.000,-- für die Instandhaltung und EUR 10.000,-- für die Liftwartung zahlt. Beim Gespräch mit Landesrat Schuschnig wurde mitgeteilt, dass die Bahn den Lift zwar bauen, aber bei Nichtbezahlung durch die Gemeinde diesen nicht einschalten würden.

GR Ing. Mag. (FH) Dr. Steindl begrüßt die anwesenden Zuhörer und stellt in den Raum, dass die Finanzreferentin, Frau GV Beschliesser, in ihrem Bericht sagte, dass alle notwendigen und zu erwartenden Ausgaben im Budget enthalten seien. Aber für die STW-Busse sind die Kosten nicht enthalten, wozu Frau GV Beschliesser mitteilt, dass das Budget Anfang November erstellt wurde, als es seitens der Stadtwerke noch gar keine Zahlen gab. Das Prozedere des Budgets hätte man nicht rückstellen können, denn dann gäbe es jetzt keines.

GR Ing. Mag. (FH) Dr. Steindl sieht im momentanen Zustand für viele ein prekäres Problem. Man könne es nicht verantworten, dass für Ältere, für jene, die kein Auto fahren, für Beeinträchtigte, für Studenten, Berufspendler, Schüler, kein Budget dafür vorgesehen ist. In der heutigen Tagesordnung sähe man die Prioritäten genau, z. B. die Gemeindezeitung, seiner Ansicht nach müsse die Gemeinde bei diesen ihren Bedürfnissen auch sparen.

Vbgm. Gernot Bürger verweist darauf, dass die Einladung an alle im Gemeinderat vertretenen Parteien ergangen sei, um Einsparungspotentiale zu finden, und es wurden auch von allen – bis auf die FPÖ – Vorschläge eingebracht. Bei der Finanzausschusssitzung war die FPÖ auch nicht dabei. Seiner Ansicht nach werden hier keine Lösungen gebracht, sondern nur Kritik geübt. In einer Gemeinde sollte jemand

wie Herr GR Ing. Mag. (FH) Dr. Steindl mit- und nicht dagegen arbeiten, denn dies brächte weder der Bevölkerung noch der Gemeinde etwas.

Auch die Vorsitzende wendet sich diesbezüglich an GR Ing. Mag. (FH) Dr. Steindl und bittet ihn um gute Vorschläge. Zur Zeitung teilt sie mit, dass die Kosten z. T. auch über Inserate hereinkommen. Außerdem war zu jenem Zeitpunkt, als die Gemeindezeitung vorberaten wurde, der Bus der STW noch gar nicht Thema.

Frau GR Dr. Devine ist der Meinung, dass Klagenfurt und Villach ganz andere Möglichkeiten als Krumpendorf haben, aber Krumpendorf muss jetzt schauen, dass die Busse fahren. Die Leute müssen Ende Jänner und ab Februar auch noch mit dem Bus fahren können. Ihrer Ansicht nach ist die Idee nicht nur, dass die Buskürzungen abgewendet werden müssen, sondern dass sogar mehr herauskommen muss und zwar ein 15-Minuten-Takt, da die Leute erst dann auf den Bus umsteigen. Sie findet, die Gemeinde müsse ein Bekenntnis zum öffentlichen Verkehr machen. Sie schlägt vor, die Verhandlungen soweit zu bringen, dass die Gemeinde gar nichts dazuzahlen muss, dass die Busse ein Jahr lang, also jedenfalls 2020, wie bisher oder noch mehr fahren. Es soll somit weniger Verkehr auf der Hauptstraße sein. Sie plädiert dafür, die Bürgermeisterin in die Verpflichtung zu nehmen, dahingehend zu verhandeln. Momentan sieht sie wenig Interesse, denn andernfalls hätten die Verhandlungen bereits vor einem Jahr stattgefunden. Sie sieht hier auch die WTG als Möglichkeit, etwas beizutragen.

Die Bürgermeisterin teilt dazu mit, dass von Anfang an mitgeteilt wurde, dass die Stadtwerke jetzt eine Firma sei, und wir jetzt zahlen müssten. Es war ihr Vorschlag, dass es überhaupt zu Verhandlungen kommt, denn wenn einmal der Verkehrsverbund kommt, werden wir vielleicht noch mehr zur Kasse gebeten. Die Wunschvorstellung wäre natürlich, dass alles mindestens so bleibt wie es war, aber da müssten sich wenigstens 5 % der Bürger verpflichten, eine Monatskarte zu kaufen. Ein Anreiz für den Bus soll aber gegeben sein, denn sie wünscht sich viele Menschen, die mit dem Bus fahren.

Frau GV Neuner-Forelli schließt sich der Wortmeldung von Frau GR Dr. Devine an und fügt dazu, dass man dann hart verhandeln kann, wenn man weiß, was man will, und sie bedauert, dass dies in der Form nicht stattfindet. Damals – 1947 – wurden Abkommen mit Handschlag getroffen. Wenn ein Abkommen von 1949 bis 2019 ohne Abmachung funktioniert, dann ist das ihrer Ansicht nach keine Mär. In Wien haben z. B. Gemeinden ihre Territorien wieder zurückbekommen. Die Firma der Stadtwerke ist noch immer Teil der Stadtwerke. Wir sind Zeitzeugen, dass es funktioniert hat. Ganz einseitig kann das von dieser Firma nicht aufgelöst werden. Harte Verhandlungen seien ihrer Ansicht nach ein wichtiger Aspekt. Es ist eine politische Entscheidung. Klagenfurt profitiert nachhaltig davon. Wenn Krumpendorf nur jammert, dass kein Geld da ist, dann wird uns das nicht helfen. Wir müssen natürlich die Leute motivieren, dass sie mehr Bus fahren, es sollte z.B. ein Pass gefördert werden, sodass es sich für die Stadtwerke besser rechnet. Und die Stadt soll sich nicht hinter einer Firma verstecken.

Die Bürgermeisterin stellt fest, dass sie bei den Stadtwerken nicht nachgegeben hat. Es stand schon fest, dass wir einmal was zahlen werden müssen. Wir können natürlich auch Prozesse führen und vieles probieren, aber sie meint, richtig gehandelt und verhandelt zu haben. Sie möchte noch abwarten,

was mit dem Verbund zustande kommt. Sie lädt aber Frau GV Neuner-Forelli gerne zu den Verhandlungen mit ein.

Frau GV Neuner-Forelli ist der Meinung, dass GV Mag. Hermann Bürger wegen dieser Angelegenheit zurückgetreten ist.

Die Bürgermeisterin verweist darauf, dass sie vorher auch schon mit dem ehemaligen Referenten Vbgm. Pregl geredet hatte. Jetzt gäbe es wieder einen neuen Referenten.

Dieser – GV Bacher – weiß, dass die Stadtwerke es immer wieder probieren, denn sie müssen sich finanzieren, sie haben eine KMG gegründet. Er sieht es fast als Frechheit, dass sie Krumpendorf vor die Tatsachen stellen. Zuerst müssten sie Grundlagen schaffen. Wir müssen hart verhandeln, dies sei keine Frage. Wir müssen zu einem Verkehrsvermeidungskonzept kommen, das sei vordringlich. Klagenfurt möchte die Autos aus der Stadt haben, aber wenn die Öffis nicht mehr fahren, müssen wir mit dem Auto hinein. Wenn die KMG Geld haben will, dann müssen sie mehr als bisher fahren, das müsste Verhandlungsgrundlage von uns aus sein. Wir müssen schauen, dass sich die Krumpendorfer das Autofahren überlegen. Klagenfurt hingegen muss schauen, dass sie die Öffis intensivieren, wenn sie die Autos aus der Stadt haben wollen. In Klagenfurt fahren die Busse seit heuer im 10-Minuten-Takt - diese Richtung soll beibehalten werden. Trotzdem muss im Budget etwas dotiert werden.

GR Zedrosser teilt mit, dass er seit vielen Jahren eine Jahreskarte hat. Früher waren die Busse viel voller, in den Zwischenzeiten waren sie leer. Er stellt die Frage in den Raum, was Krumpendorf machen soll, wenn kein Vertrag mit den Stadtwerken zustande kommt. Nach einem Gespräch mit einem Bürgermeister aus der Steiermark, wo es noch größere Probleme gibt, ist er der Ansicht, dass wir innerörtlich etwas machen müssen. Ein Taxi könnte auch z. B. Tages-, Monatskarten, etc. verkaufen. Man könnte auch ein Taxi leasen, Beispiel Steiermark. Die Bürger sollten mit einbezogen werden.

Dazu verweist die Bürgermeisterin darauf, dass bereits Gespräche mit Taxiunternehmen geführt wurden, es gibt viele Möglichkeiten, und sie meint, dass die Leute ja auch zum Bus oder zum Zug gelangen müssen. Sie sieht dies als innerörtliches Thema, die Taxler würde das auch gerne machen, dies sei aber eine Nebenschaubahn.

Frau Vbgm. Lebitschnig ist der Ansicht, dass der Umweltgedanke nicht auf der Strecke bleiben darf. Buslinien müssen evaluiert werden, aber nicht zu Lasten der Bevölkerung. Das sind Diskussionen, die in den nächsten Wochen geführt werden müssen. Wegen des Vertrages mit den Stadtwerken glaubt sie nicht, dass diese aus Nächstenliebe gefahren sind.

Die Bürgermeisterin erinnert sich an vieles, aber dazu benötige es an Beweisen, und um diese zu finden, brauche es etwas Zeit. Ihr Vorschlag wäre, Finanzmittel für die Busse im Nachtragsvoranschlag zu budgetieren, denn der vorliegende Voranschlag könne nicht mehr geändert werden. Zum Glück gäbe es jetzt diese Frist bis Ende Jänner.

Sie habe mit Frau Bürgermeisterin Mathiaschitz geredet, dass die Krumpendorfer Bürger alles in Klagenfurt machen (arbeiten, einkaufen, etc.). Ihrer Ansicht nach schaue es nicht gut aus für

Krumpendorf, das angeblich so reich ist. Aber wenn die Ausgaben die Einnahmen überschreiten, dann müsse man sich Dinge wie Beleuchtung, Gemeindezeitung, sämtliche freiwilligen Leistungen, etc. überlegen. Wenn aber jemand zu den Verhandlungen mitgehen wolle, sei er gerne eingeladen.

Frau GR Mag. Macher bezeichnet es als Faktum, dass ein Großteil der Bevölkerung es als Negativum sieht, und ein großer Aufschrei sei durch den Ort gegangen. Die Stadtwerke werden das nicht mehr wie in der Vergangenheit machen, und wir werden Geld in die Hand nehmen müssen. Sie sieht es als Arroganz, gar nichts ins Budget zu nehmen. Jetzt alles auf den Nachtragsvoranschlag zu schieben, sieht sie nur als Gerede, denn erstens muss Geld da sein, und wer garantiert, dass das wirklich gemacht wird. Bei ein wenig gutem Willen hätte bereits ein Betrag veranschlagt werden können.

Frau GV Beschliesser teilt zum Vorwurf, dass nichts im Budget vorgesehen ist, mit, dass bei Vorhandensein von Geld Reserven vorgesehen werden können, aber so viel Geld ist nicht vorhanden, auch Zahlen lagen zum Zeitpunkt der Budgeterstellung nicht vor. Das Budget hat das normale Prozedere durchlaufen und die Rechtmäßigkeit sowie die Entsprechung nach sämtlichen neuen Vorgaben wurde auch bestätigt. Es wurde auch darüber diskutiert, was passiert, wenn dieses Budget nicht beschlossen wird. Dann müsse nämlich das Prozedere wieder von vorne angegangen werden. Dann kann man gleich einen Nachtragsvoranschlag vorsehen. Sie hat Auswertungen vorgenommen, was freiwillige Leistungen anlangt. Jeder Referent und jeder Mitarbeiter müsste bei Instandhaltungen sagen, was unbedingt nötig ist und was nicht. Sie verliert weitere Ausgaben aus dem Budget, z. B. für Sport wurden EUR 2000,--, für familienfreundliche Gemeinde EUR 3000,-- und für gesunde Gemeinde EUR 3000,--, alles wie im Vorjahr, dotiert, obwohl für die familienfreundliche Gemeinde 2019 nichts davon verbraucht wurde.

Auf den Einwand von Herrn GV Bacher, wonach man Kosten umschichten könne und die Diskussion über die Kosten einer Hängematte, berichtet der Amtsleiter aus dem Gemeindehaushaltsgesetz. Es gibt aber einen Gemeinderatsbeschluss, dass eine finanzielle Unterstützung an die Stadtwerke nicht erfolgen soll. Die Verwaltung darf nicht gegen den Willen des Gemeinderates handeln.

Auf den Einwand von GR Ing. Mag. (FH) Dr. Steindl, dass es das Provisorium des vorläufigen Busfahrplanes bis Ende Jänner gibt, und dass ein allfälliger Nachtragsvoranschlag erst bis Ende April beschlossen wird, teilt die Bürgermeisterin mit, dass sie mit Herrn DI. Krainer ausgemacht hätte, dass bis zum Nachtragsvoranschlag eine Stundung vereinbart werde.

Auf die Frage von GR Dr. Devine auf Abänderung des Gemeinderatsbeschlusses teilt der Amtsleiter mit, dass dies mehr als illusorisch sei, da das Geld, über welches zu entscheiden wäre, vorhanden sein müsse und man nur über zur Verfügung stehende Summen reden könne, und dies alles seien politische Entscheidungen.

Vbgm. Lebitschnig sieht es so, dass umgeschichtet und geschaut werden müsse, wo etwas gestrichen werden könne, wenn nicht mehr Geld vorhanden ist. Schlagwort: Weihnachtsbeleuchtung. Es wird ihrer Ansicht nach öfter etwas nicht genau ausgedet, Beispiel Spielturm Kindergarten.

Frau GR Türk findest es richtig, dass darüber abgestimmt wurde, dass die Gemeinde kein Geld zur Verfügung hat. Der Tragweite war man sich nicht bewusst, und über das Bedürfnis der Bevölkerung könne man nicht hinwegsehen. Es sollen sehr wohl Mittel dafür festgelegt werden.

GR Kovacevic sieht es so, dass ausschlaggebend für den Kahlschlag beim Bustakt die Tatsache gewesen war, dass Erhebungen von den Stadtwerken durchgeführt wurden, welche ergeben haben, dass die meisten Busse leer fahren – nämlich genau jene, die jetzt gestrichen wurden. Das Angebot wurde von Krumpendorf nicht angenommen. Seiner Ansicht nach weint man etwas nach, dass nie wirklich in Anspruch genommen wurde. Die Bevölkerung muss entsprechend informiert werden, dass die Annehmlichkeiten, die wir gratis in Anspruch nehmen hätten können, entsprechend genutzt werden müssten.

GR Bacher hingegen sieht es so, dass die Stadtwerke ganz einfach erpressen, denn im Bus in der Früh waren 12-15 Personen drin, und dieser Bus ist wichtig. Sie haben aber nicht wegen geringer Frequenz eingestellt, das stimmt einfach nicht.

GR Blassnig ist der Ansicht, dass sehr viel Propaganda gemacht wurde, warum die Busse nicht mehr fahren. Früher sei der Bus nur dreimal pro Tag gefahren, jetzt wollen alle im 10-Minuten-Takt fahren. Es gibt auch den Bahn- und Postbus. Man könne nichts erpressen, und er wisse jetzt, dass die Bürgermeisterin verhandelt, und er glaubt, dass sie das schon machen wird.

Nach längeren Tarifdiskussionen spricht Frau GR Dr. Devine die Buslinien an. Sie ist der Meinung, dass es langfristiger so oder so günstiger sei mit dem Bus zu fahren, wenn man alles zusammenrechnet, u.a. Parkgebühren, etc.

Die Bürgermeisterin schlägt vor, den Nachtragsvoranschlag so rasch wie möglich zu erstellen, was aber sicher vor Ende Jänner, Anfang Februar nicht möglich sei; dies als Kompromiss, widrigenfalls gibt es kein Budget – dieses kann ad hoc nicht geändert werden.

Frau GV Neuner-Forelli ist der Ansicht, dass der Gemeinderat bereits heute eine Abänderungsmöglichkeit entscheiden könnte, wozu der Amtsleiter mitteilt, dass eine Verordnung nur durch eine andere Verordnung abgeändert werden könne, alles andere wäre Amtsmissbrauch.

Frau GR Mag. Macher stellt in Frage, dass das dann beim Nachtragsvoranschlag tatsächlich gemacht wird.

GR Petritsch sieht dabei nicht ein, warum man immer beschuldigt wird, etwas nicht machen zu wollen. Auch seiner Fraktion sei die Bevölkerung wichtig, und man wolle ja etwas machen, aber es gehe jetzt nun einmal nicht anders.

Der Gemeinderat beschließt nach der Diskussion mehrheitlich (13 : 9, Gegenstimmen Vbgm. Lebitschnig, GV Bacher, GR Türk, GR Zedrosser, GR Mag. Karisch und GR Mag. Macher, GV Neuner-Forelli, GR Ing. Mag. (FH) Dr. Steindl und GR Zinner) den Antrag des Gemeindevorstandes über

- den Voranschlag 2020
- den mittelfristigen Finanzplan 2020 bis 2024
- einen Kassenkredit in der Höhe von EUR 200.000, -- und
- die Verrechnungstunden für Bauhof, HV, Maschinen/Fahrzeuge

5. Bilanzen der Wirtschaftsbetriebe, Parkbad, Bestattung und KIG, Beratung (WirtA 15/19, GV 31/19) und Beschlussfassung

Auch hier berichtet über Ersuchen der Vorsitzenden die Finanzreferentin, Frau GV Beschliesser, dass die Bilanzen der Wirtschaftsbetriebe von Mag. Allmaier erstellt wurden. Der Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus hat in seiner Sitzung am 17.09.2019 einstimmig den Antrag beschlossen, der Gemeinderat möge die Bilanzen der Wirtschaftsbetriebe Parkbad, Bestattung und KIG beschließen.

Die Jahresergebnisse stellen sich wie folgt dar:

	<u>Einnahmen</u>	<u>Ausgaben</u>	<u>Bilanzgewinn/Verlust</u>
Bestattung	38.207,92	36.115,17	2.092,75
Parkbad	329.246,31	336.811,06	- 7.564,75
Immobilien KG	114.656,12	146.110,00	- 31.453,88

In der Sitzung des Gemeindevorstandes am 16.12.2019 wurde der Antrag des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus einstimmig an den Gemeinderat zur Beschlussfassung weitergeleitet.

Der Gemeinderat beschließt ohne weitere Diskussion einstimmig die Bilanzen Bestattung, Parkbad und Immobilien KG.

Im Anschluss an diesen Tagesordnungspunkt wird von der Vorsitzenden eine Sitzungspause von 08.55 – 08.58 eingelegt.

6. Family of Power, Verlängerung PKW-Stellplatz- und Werbeflächen-Mietvertrag, Beratung (GV 31/19) und Beschlussfassung

Frau GV Neuner-Forelli berichtet, dass das E-Fahrzeug leider bis auf ein paar Touristen nicht so gut angenommen wird. Eine Aufstockung um EUR 4.000,-- erübrigt sich daher ihrer Meinung nach. Sie schlägt aber vor, dass die neue Batterie um EUR 750,-- angeschafft wird. Was die Werbeflächen anlangt, so sollte man auf diese verzichten, wobei EUR 99,-- pro Monat eingespart würden. Eine Werbefläche für eine Türe würde Herr Mag. Dapra übernehmen. Außerdem will angeblich auch Herr Ing. Strauß etwas übernehmen.

Vbgm. Lebitschnig sieht dies als eine Maßnahme, die noch mehr beworben werden soll, damit es mehr genutzt wird, und Frau GV Neuner-Forelli weist daraufhin, dass in anderen Gemeinden dieses Fahrzeug tatsächlich mehr genutzt wird.

Vbgm. Bürger erinnert sich, dass im Gemeindevorstand einstimmig beschlossen wurde, dass die Batterie für das Auto einer fremden Firma nicht gezahlt werden soll, Frau GV Neuner-Forelli hingegen glaubt, dass der Gemeindevorstandsbeschluss falsch zur Kenntnis genommen wurde, denn ihrerseits ist erinnerlich, dass die Batterie sehr wohl bezahlt, aber eben keine Werbeflächen mehr übernommen werden sollen.

Die Finanzreferentin, Frau GV Beschliesser, weiß, dass um die Verlängerung des Standortes angesucht wurde, und der Gemeindevorstand dem zugestimmt hat, also diesen kostenlos zur Verfügung zu stellen. Die Kelag hat mitgeteilt, dass wir für den Strom zahlen werden müssen, und dieses Schreiben langte gestern erst in der Gemeinde ein. Sie ist der Ansicht, dass gespart werden soll, denn oberste Priorität habe der Bus, und alles andere sei hintanzustellen. Im Nachtragsvoranschlag soll der Bus und der ÖBB-Lift dotiert werden, sodass man dann irgendwo zu sparen anfangen wird müssen.

Nach weiterer Diskussion stellt Frau GV Neuner-Forelli den Antrag, nachdem die Situation mit dem Strom bis gestern noch nicht bekannt war, diesen Punkt von der heutigen Tagesordnung abzusetzen.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, diesen Punkt von der heutigen Tagesordnung zu nehmen.

7. Verwaltungsgemeinschaft Klagenfurt, Änderung der Vereinbarung, Beratung (GV 31/19) und Beschlussfassung

Die Vorsitzende berichtet, dass in der letzten Sitzung des Verwaltungsausschusses der Verwaltungsgemeinschaft Klagenfurt am 28.11.2019 der Beschluss gefasst wurde, die Beiträge der Gemeinden an die VG neu zu berechnen. Zu diesem Zwecke wurde eine geänderte Vereinbarung der Bürgermeisterin mitgegeben. Über Ersuchen der Vorsitzenden berichtet der Amtsleiter im Detail über die Änderungen, welche sich auf die Bestimmung des § 3 bezieht, wobei es im Wesentlichen darum geht, dass die Höhe des Beitrages einer Gemeinde pro Jahr zu 90 % nach dem Verhältnis der bestehenden Konten und Fremdenverkehrsabgaben und Grundsteuer zum Stichtag des 10.10. des Vorjahres und 10 % nach dem Verhältnis der Grundsteuerbefreiung in den einzelnen Gemeinden im vorletzten dem Beitragsjahr vorangegangenen Haushaltsjahr festgesetzt wird. Als nächstes wird der Personal- und Sachaufwand bei der Durchführung der Lohnsummen- und Getränkesteuerprüfung nunmehr nach 65 % nach dem Aufkommen der Kommunalsteuer im vorletzten dem Beitragsjahr vorangegangenen Haushaltsjahr festgesetzt. Die restlichen 35 % werden über das Zentralamt verrechnet. Hinsichtlich der Beistellung des Sachverständigen für den technischen Dienst wurde insofern eine Änderung vorgenommen, dass die Höhe der Beiträge der Gemeinde im Verhältnis 65 % nach Leistung (Technikerstunden) im 4. Quartal des vorletzten im 1. bis 3. Quartal des letzten dem Beitragsjahr vorangehenden Haushaltsjahres und 35 % nach dem Verhältnis der Einwohnerzahl der

letzten Volkszählung zu bezahlen ist. Daraus ergeben sich für die Gemeinde Krumpendorf folgende Verrechnungssummen:

Grundsteuer	EUR 3.874,16
Grundsteuer Prüfung	EUR 4.227,33
Baudienst	EUR 11.017,97
Hauptverwaltung	EUR 46.280,09
im Gesamten	EUR 65.399,55

Bisher zahlte die Gemeinde Krumpendorf einen Betrag von EUR 54.810,68. Dies bedeutet eine Erhöhung um EUR 10.583,87 pro Jahr. Im Voranschlag 2020 wurden diese Summen bereits veranschlagt. In der Sitzung des Gemeindevorstandes am 16.12.2019 wurde einstimmig beantragt, der Gemeinderat möge die Änderung der Vereinbarung beschließen.

Auf die Frage von GV Bacher nach der Höhe der Steigerung, teilt der Amtsleiter mit, dass die Erhöhung EUR 10.000,-- im Jahr 2020 beträgt.

Ohne weitere Diskussion beschließt der Gemeinderat einstimmig die Änderung der Vereinbarung mit der Verwaltungsgemeinschaft Klagenfurt, wie vom Gemeindevorstand beantragt.

Die Bürgermeisterin berichtet noch kurz über eine geplante Klausur der VG-Mitgliedsbürgermeister im neuen Jahr, wo es um ein generelles Überdenken der Verwaltungsgemeinschaft gehen wird, vor allem wird das Thema der Sachverständigen besprochen werden.

8. Fa. Leon, Parkflächenüberwachung, Auftragsvergabe, Beratung (GV 31/19) und Beschlussfassung

Der Amtsleiter berichtet über Ersuchen der Vorsitzenden, dass für die Überwachung der verordneten Halte- und Parkverbote sowie der gebührenpflichtigen Parkplätze ein Angebot der Fa. Leon, welche bereits seit 2011 diese Arbeiten zur vollsten Zufriedenheit durchführt, eingeholt wurde.

Das Angebot wurde aufgeschlüsselt, und die Auftragssumme beträgt netto EUR 23.406,50,-- im Jahr 2019 netto EUR 22.779,00,--.

In der Sitzung des Gemeindevorstandes am 16.12.2019 wurde einstimmig beantragt, der Gemeinderat möge die Auftragsvergabe beschließen.

Er teilt weiters mit, dass die Gemeinde durch die Parkgebühren EUR 40.000,-- im Gegenzug lukriert, der Grund für die Einführung war aber eine geordnete Parkraumbewirtschaftung, nicht monetäre Gründe.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, wie vom Gemeindevorstand beantragt, die Parkflächenüberwachung und diesbezügliche Auftragsvergabe an die Fa. Leon.

9. Mietvertrag Gemeinde Krumpendorf am Wörthersee und Herrn Alfred Ogertschnig (Postpartner) Geschäftslokal Rathaus, Änderung des Mieters, Beratung (GV 31/19) und Beschlussfassung

Der Amtsleiter berichtet auch zu diesem Tagesordnungspunkt über Ersuchen der Bürgermeisterin, dass Herr Alfred Ogertschnig, Mieter des Geschäftslokales Rathaus (Postpartner), mit Schreiben vom 08.12.2019 bekannt gegeben hat, dass er den Betrieb an seine Schwester, Frau Doris Sandner-Ogertschnig, mit Wirkung vom 01.01.2020 übertragen möchte.

Mit Mietvertrag vom 27.06.2019 hat Herr Alfred Andreas Ogertschnig das Geschäftslokal im Rathaus zum Zwecke des Betriebes eines Postamtes als Postpartner gemietet. Nach Rücksprache mit unserem Rechtsanwalt, welcher auch den Mietvertrag konzipiert hat, wäre eine Änderung des Mieters mit einer Zusatzvereinbarung bei Einwilligung des Gemeinderates möglich.

In der Sitzung des Gemeindevorstandes am 16.12.2019 wurde einstimmig beantragt, der Gemeinderat möge die Änderung des Mieters beschließen.

Der Gemeinderat schließt sich dem Antrag des Gemeindevorstandes an und beschließt einstimmig die Änderung des Mieters, neu: Frau Doris Sandner-Ogertschnig.

10. PR- & WerbeAgentur Anita Zeiner, Auftragsvergabe PR-Arbeit 2020 und Gemeindezeitung, Beratung (GV 31/19) und Beschlussfassung

Der Amtsleiter berichtet wiederum über Ersuchen der Bürgermeisterin, dass Frau Zeiner mit Schreiben vom 21.11.2019 ihr Angebot für die PR-Beratung 2020 und Gemeindezeitung 2020 vorgelegt hat.

Dieses gliedert sich wie folgt:

1. PR-Arbeit pauschal, brutto	EUR 9.990, --
2. Gemeindezeitung	
Agenturkosten Redaktion Zeiner, netto	EUR 5.670, --
Fremdkosten Grafikkosten, netto	EUR 10.240, --
Druckkosten, netto	EUR 7.687, --

Insgesamt netto EUR 23.597, --

Im Voranschlag 2020 sind die Kosten für die Gemeindezeitung aufgrund der finanziellen Situation mit EUR 20.000, -- veranschlagt.

In der Sitzung des Gemeindevorstandes am 16.12.2019 wurde mehrheitlich folgender Antrag an den Gemeinderat beschlossen:

1. Der Auftrag für die PR-Arbeit ist zurückzustellen.
2. Der Auftrag für die Gemeindezeitung ist auf die Erscheinung von zwei Zeitungen zu beschränken.

Die Bürgermeisterin stellt die Diskussion über die Erscheinungstermine in den Raum.

Über den Einwurf von GR Blassnig über das Austragen der Zeitung entsteht eine kurze Diskussion, da offensichtlich nicht alle Gemeindebürger die Zeitung erhalten. GR Blassnig regt auch einen Kostenvergleich an (Hochglanzpapier/normales Papier), er spricht sich gegen eine Abschaffung der Gemeindezeitung aus, da er diese als Bürgerinformation sieht.

GR Zedrosser hingegen ist bei vorhandenem Sparwillen dafür, die Zeitung zu streichen.

Die Bürgermeisterin verweist jedoch auf das Niveau Krumpendorfs und darauf, dass es genug interessierte Gemeindebürger gibt.

Auf den Einwand von Vbgm. Lebitschnig betreffend das Vorhandensein des Überkopfwegweisers weist die Bürgermeisterin darauf hin, dass dieser sowohl bei Anschaffung als auch Instandhaltung ein Vermögen kostet, und Vbgm. Bürger stellt fest, dass die Krumpendorfer ober der Hauptstraße den Überkopfwegweiser nie sehen.

Während Vbgm. Lebitschnig sich gegen das Erscheinen der Zeitung ausspricht, nachdem die Finanzreferentin den Bus als oberste Priorität bezeichnet, spricht sich Frau GR Dr. Devine für ein Erscheinen der Zeitung im Juni und im Dezember aus, die Bürgermeisterin für Mai und Dezember und dafür, dass die Zeitung nicht ganz abgeschafft wird, da diese eine Information nicht nur für die Bürger, sondern auch für die Touristen darstellt.

Der Gemeinderat beschließt mehrheitlich (14 : 8, Gegenstimmen Vbgm. Lebitschnig, GV Bacher, GR Türk, GR Mag. Karisch, GR Zedrosser, GR Mag. Macher, GR Ing. Mag. (FH) Dr. Steindl und GR Zinner) die Beauftragung der Frau Anita Zeiner nur mit den Arbeiten für die Gemeindezeitung 2020, zwei Erscheinungstermine, und die Rückstellung der PR-Arbeit, wie vom Gemeindevorstand beantragt.

11. Fa. AnzigOrtig, Angebot redaktionelle Mitarbeit Gemeindezeitung 2020, Beratung (31/19) und Beschlussfassung

Die Vorsitzende berichtet, dass auch Frau Mag. Presch-Glawischnig mit Schreiben vom 10.12.2019 wie letztes Jahr ein Angebot für die redaktionelle Mitarbeit bei der Erstellung der Gemeindezeitung gelegt hat, und zwar:

Honorar pro Ausgabe mit Umfang 24 Seiten EUR 1.440, --, gleich wie 2018

Honorar pro Ausgabe mit Umfang 32 Seiten EUR 1.920, --, gleich wie 2018

Im Voranschlag 2020 sind die Kosten für die Gemeindezeitung aufgrund der finanziellen Situation mit EUR 20.000, -- veranschlagt.

In der Sitzung des Gemeindevorstandes am 16.12.2019 wurde daher einstimmig beantragt, der Gemeinderat möge das Angebot beschließen.

Die Bürgermeisterin erklärt, dass das Honorar von Frau Mag. Presch zu den Kosten von Frau Zeiner dazukommt, sie verkauft aber Inserate, was viel Aufwand bedeutet.

Der Gemeinderat beschließt mehrheitlich (14 : 8, Gegenstimmen Vbgm. Lebitschnig, GV Bacher, GR Türk, GR Mag. Karisch, GR Zedrosser, GR Mag. Macher, GR Ing. Mag. (FH) Dr. Steindl und GR Zinner) die Beauftragung der Frau Mag. Presch mit der redaktionellen Mitarbeit bei der Erstellung der Gemeindezeitung zum angebotenen Honorar für zwei Zeitungen 2020.

Frau Vbgm. Lebitschnig betont, dass sich der Beschluss nicht gegen Frau Mag. Presch richtet, deren Arbeit in Ordnung sei.

12. Fa. AnzigOrtig, Angebot Tourismus- und Ortsprojekte 2020, Beratung (GV 31/19) und Beschlussfassung

Der Amtsleiter berichtet über Ersuchen der Vorsitzenden, dass die Fa. Anzigortig, Frau Mag. Presch, ein Angebot für die Tourismus- und Ortsprojekte 2020 über EUR 3.010,-- netto pro Monat (2019: EUR 2.930, -- netto pro Monat) vorgelegt hat, weiters ein Pauschalhonorar für die Einschulung des neuen Tourismusmitarbeiters EUR 1.500, -- netto.

Das Angebot umfasst:

- Einschulung TourismusmitarbeiterIn neu
- Leitung Tourismusbüro
- Kommunikation
- Bewegungsarena
- Veranstaltungen

Seit dem Jahre 2011 ist Frau Mag. (FH) Presch-Glawischnig mit ihrer Firma mit der Leitung des Tourismusbüros beauftragt.

In der Sitzung des Gemeindevorstandes am 16.12.2019 wurde einstimmig beantragt, der Gemeinderat möge das Angebot beschließen.

Der Gemeinderat beschließt über Antrag des Gemeindevorstandes einstimmig, Frau Mag. (FH) Presch aufgrund ihres Angebotes mit den oben beschriebenen Agenden 2020 zu beauftragen.

13. Ökologisch vertretbare Verpackungen Sommermarkt, selbstständiger Antrag Vbgm. Lebitschnig, Beratung (WirtA 15/19, 16/19, GV 31/19) und Beschlussfassung

Frau Vbgm. Lebitschnig berichtet über Ersuchen der Vorsitzenden, dass in der Sitzung des Gemeinderates am 24.4.2019 dieser Antrag von ihr eingebracht wurde. Der Antrag „Setzung von

Vorgaben zur Verwendung von ökologisch vertretbaren Verpackungen beim Sommermarkt in Krumpendorf“ wurde damals dem Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus zugewiesen.

Da nun durch gesetzliche Regelungen in Zukunft keine Plastikverpackungen mehr produziert werden dürfen, ist ihrer Ansicht nach der Antrag obsolet geworden.

Nachdem der Amtsleiter darauf hinweist, dass der Antrag trotzdem zu erledigen sei, und sich der Ausschuss und der Gemeindevorstand für eine Ablehnung wegen der gesetzlichen Regelung ausgesprochen haben, beschließt auch der Gemeinderat einstimmig, den Antrag abzulehnen.

14. Ansuchen Kauf ca. 85 m² öffentl. Gut, Parz. 406/3, KG Drasing, Kaufvertrag, Beratung (KommA 9/18, GV 31/19) und Beschlussfassung

Die Bürgermeisterin berichtet, dass Herr Dipl.-Ing. Mag. Peter Moser, auch für die Miteigentümer der Liegenschaft Brenndorferstraße 7, 9201 Krumpendorf am Wörthersee, mit Schreiben vom 29.09.2019 um Kauf eines ca. 85 m² großen Stückes aus dem öffentlichen Gut Brenndorferstraße angesucht hat. In der Sitzung des Ausschusses für Kommunales Service am 20.11.2018 wurde mehrheitlich der Antrag beschlossen, der Gemeinderat möge eine Fläche von 85 m² aus der Parz. 406/3 KG Drasing zum Preis von EUR 60,-/m² plus der Kostentragung der Vertragserrichtungsgebühr an die Eigentümer der Liegenschaft Parz. 416/5 KG Drasing, beschließen. Laut Vermessung beträgt die Fläche 70 m². In der Zwischenzeit wurde auch ein entsprechender Kaufvertrag durch RA Mag. Nemec erstellt.

In der Sitzung des Gemeindevorstandes wurde einstimmig beantragt, der Gemeinderat möge den Verkauf eines Teilstückes der Parz. 406/3, KG Drasing (Brenndorferstraße) zum Preis von EUR 60,- pro m² sowie eine diesbezügliche Verordnung (Ausscheiden aus dem öffentlichen Gut) beschließen.

Der Gemeinderat schließt sich dem Antrag des Gemeindevorstandes an und beschließt einstimmig den Verkauf eines Teilstückes der Parz. 406/3 KG Drasing (Brenndorferstraße) zum Preis von EUR 60,- pro m² sowie die diesbezügliche Verordnung über das Ausscheiden aus dem öffentlichen Gut.

15. Teilbebauungsplan „Singergründe II – Revision 2019“, Beratung (UmweltA 19/19, GV 31/19) und Beschlussfassung

Frau GV Neuner-Forelli berichtet über Ersuchen der Vorsitzenden über die Richtigstellung der Bebauung angepasst an den Bebauungsplan Singergründe II – Revision 2019 und über die Beratungen hierüber in Ausschuss und Gemeindevorstand, die sich einstimmig für die Revision 2019 des Bebauungsplanes Singergründe II, der ordnungsgemäß in der Zeit vom 08.10.2019 – 05.11.2019 öffentlich kundgemacht wurde, ausgesprochen haben.

Der Gemeinderat beschließt daher ebenso einstimmig über Antrag des Gemeindevorstandes den Teilbebauungsplan „Singergründe II – Revision 2019“.

16. M. und B. Gaggl, Ansuchen um Förderung für die pflegerisch-helferische Unterstützung ihres Sohnes in der CreaVita Montessorischule, Beratung (GV 31/19) und Beschlussfassung

Der Amtsleiter berichtet, dass der Gemeinderat am 24. April 2019 beschlossen hat, eine finanzielle Unterstützung für die notwendige und erforderliche Pflegekraft für Matteo Gaggl im Beschäftigungsausmaß von 15 Wochenstunden mit einem monatlichen Aufwand von EUR 1.429,37 zu bezahlen. Diese Förderung endet im Dezember 2019.

Mit Schreiben vom 14.10.2019 haben Frau Marisa und Herr Bernhard Gaggl angesucht, die Finanzierung auf das gesamte Schuljahr 2019/20 auszuweiten.

Zur rechtlichen Klärung wurde eine Rechtsauskunft beim Amt der Kärntner Landesregierung, Abt. 6, eingeholt. Aus dieser geht hervor, dass die Gemeinde Krumpendorf keine gesetzliche Verpflichtung zur Übernahme der Kosten für die Schulassistenz für den Schüler Matteo Gaggl trifft. Allenfalls könnte zumindest eine teilweise Kostenübernahme im Rahmen einer privatrechtlichen Vereinbarung zwischen der Gemeinde Krumpendorf und dem Trägerverein „Lernen ist Bewegung mit der Welt“ als Schulerhalter der CreaVita Montessori Privatschule angedacht werden.

Zu diesem Zwecke hat der Kärntner Gemeindebund eine diesbezügliche Vereinbarung für den Zeitraum vom 01.01.2020 bis 10.07.2020 entworfen. In dieser Vereinbarung wurden im Wesentlichen zwei Varianten ausgewiesen, die eine, dass der Gesamtbetrag an den Schulerhalter im Jänner 2020 zur Überweisung gelangt, Variante 2, dass ein monatlicher Betrag an den Schulerhalter überwiesen wird.

In der Sitzung des Gemeindevorstandes am 16.12.2019 wurde beantragt, der Gemeinderat möge den Vertrag beschließen, wobei ein Betrag von EUR 1.430,00 in sechs gleich hohen Teilen an den Schulerhalter, Verein „Lernen ist Bewegung mit der Welt“, überwiesen wird. Der entsprechende Vertrag wurde auch schon unterschrieben.

Vbgm. Lebitschnig berichtet von der Vorsprache der Familie Gaggl und bezeichnet es als menschliche Entscheidung, das Kind ist schwerst behindert, es wird optimal versorgt, was einen großen Aufwand für die Mutter bedeutet, die jeden Tag sieben Mahlzeiten für ihr Kind kocht, und das Kind muss gefüttert werden. Hier muss ihrer Ansicht nach Geld seitens der Gemeinde in die Hand genommen werden.

GR Mag. Dapra stimmt dem vollinhaltlich zu, bittet aber den Namen des Vertragspartners zu korrigieren auf „...Begegnung mit der Welt“ statt „...Bewegung mit der Welt“.

Der Gemeinderat beschließt über Antrag des Gemeindevorstandes einstimmig den Vertrag und die Überweisung des Betrages von EUR 1.430,-- an den Verein „Lernen ist Begegnung mit der Welt“ in sechs gleich hohen Teilen.

17. Subventionsansuchen, Wörthersee-Darts-Open 2020, Beratung (GV 31/19) und Beschlussfassung

Der Amtsleiter berichtet, dass Gerald Kokarnig und Hermann Steiner mit Schreiben vom 18.11.2019 um eine Subvention von EUR 5.000, -- für die Durchführung des Wörthersee-Darts-Open vom 05.06.2020 bis 14.06.2020 angesucht haben.

In den vergangenen Jahren hat ein Verein (Dartsclub Corner) um die Nutzung des Festsaaes angesucht. Unter Anwendung der Ausnahmegestimmungen beim Benützungsentgelt für den Festsaal wurde eine Ermäßigung von 80 % gewährt. Die Subvention in der Höhe von EUR 4.000, -- wurde unter Abzug der Kosten für den Festsaal zur Anweisung gebracht.

Im Jahre 2019 wurde ein Betrag von EUR 4.000, -- zuerkannt. Nunmehr hat das Ansuchen kein Verein eingebracht, und die Ausnahmegestimmungen für den Festsaal könnten in dieser Form nicht angewandt werden. In diesem Fall musste der Gemeinderat daher einen Beschluss für die Ermäßigung der Festsaalbenützung fassen.

Im Voranschlag 2020 ist ein Betrag von EUR 7.800, -- budgetiert.

In der Sitzung des Gemeindevorstandes am 16.12.2019 wurde einstimmig beantragt, der Gemeinderat möge folgende Beschluss fassen:

1. Zuerkennung einer Subvention in der Höhe von EUR 4.000,--, wobei die Kosten für die Festsaalmitte von dieser Subvention in Abzug zu bringen sind.
2. Für die Benützung des Festsaaes zum Zwecke der Durchführung der Veranstaltung „Wörthersee Darts-open 2020“ wird das Benützungsentgelt für den Festsaal um 80 % ermäßigt.

Der Gemeinderat beschließt über Antrag des Gemeindevorstandes einstimmig die Zuerkennung einer Subvention in der Höhe von EUR 4.000,--, wovon die Kosten für die Festsaalmitte in Abzug zu bringen sind und die Ermäßigung des Benützungsentgeltes für die Veranstaltung „Wörthersee Darts-open 2020“ für den Festsaal um 80 %.

Im Anschluss an die Tagesordnung werden von GR Ing. Mag. (FH) Dr. Steindl zwei **Anträge** (Anlage 2 und 3), unterfertigt von mehreren Mitgliedern des Gemeinderates, eingebracht.

Herr GR Ing. Mag. (FH) Dr. Steindl berichtet dazu, dass es sich hierbei eher um eine Resolution an Landesregierung handelt. Er sieht ein großes Problem mit der Koralmbahn, durch welche der Zugverkehr zunehmen wird. Der nächtliche Bahnlärm stellt einen Risikofaktor für Herz-Kreislaufkrankungen dar. In Deutschland gibt es bereits ein Verbot für laute Schienenzüge, und die Politik sollte darauf aufmerksam gemacht werden. Wenn dieses Verbot in Deutschland in Kraft tritt, wird vieles über Österreich laufen. Daher geht es darum, die Landesregierung zu ersuchen, sich mit dem Bund in Verbindung zu setzen, dass dies keine finanziellen Auswirkungen hat. Entweder soll in den Lärmschutz investiert oder die wirklich lärmintensiven Züge eingestellt werden. Es handelt sich dabei um eine Willenserklärung ohne finanzielle Auswirkungen. Das Thema war am gestrigen Tag auch in Klagenfurt im Gemeinderat Thema.

Die Bürgermeisterin weist beide Anträge dem Ausschuss für Umwelt zu.

Nach Abschluss der Tagesordnung verweist die Bürgermeisterin in ihren Worten an die Anwesenden auf das bevorstehende Weihnachtsfest. Sie bedankt sich bei dieser Gelegenheit für das, was war und für die Zeit, die noch kommen wird. Sie merkt, dass es nicht leichter wird, denn früher hat es nie so große und prekäre Themen gegeben, alles wird immer komplizierter, die Auflagen und Anforderungen immer größer. Sie bedankt sich bei den Mitarbeitern und meint, dass Verständnis wichtig sei, da man manchmal in Verzug mit der Zeit gerät. Sie meint, dass es mit der Gesundheit so sei wie mit dem Bus, man merke sie erst, wenn es sie nicht mehr gibt, aber sie ist zuversichtlich für eine gute Lösung wegen der Busse. Auch bei den Gemeinderäten bedankt sie sich und wünscht allen ein gesegnetes Weihnachtsfest mit Familie und einen guten Rutsch ins neue Jahr, verbunden mit dem Wunsch, dass wir alles erreichen, was wir uns wünschen.

VbGm. Lebitschnig bedankt sich ebenfalls, auch beim Amt, für die wirklich gute Zusammenarbeit und Unterstützung, speziell beim Amtsleiter, und sie stellt fest, dass es auch manchmal hitzig zugeht, man redet aber miteinander, und es ist trotzdem ein Gemeinderat, wo man danach noch ein Glas miteinander trinken kann. Sie ist nicht immer jedermanns gleicher Meinung, umgekehrt genauso. Sie hofft auf weitere gute Zusammenarbeit und wünscht allen samt Familien ein schönes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch.

GR Ing. Mag. (FH) Dr. Steindl bedankt sich auch bei allen und wünscht ein frohes Weihnachtsfest.

Für GV Neuner-Forelli heißt Kommune „gemeinsam, zusammen“; sie sieht diese Funktion gemeinsam mit anderen Begabungen und Stärken, wenn man die Qualitäten jedes einzelnen zusammenbringt für ein Ziel, dann ist man unschlagbar. Das sähe sie als Idee für eine gute Zusammenarbeit. Sie meint, dass sowohl im privaten als auch im beruflichen Bereich jeder das Beste einbringen kann.

GR Ing. Franz Bürger wünscht allen schöne Feiertage und ein gutes neues Jahr.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr erfolgen, schließt die Vorsitzende die Sitzung um 21 Uhr 50.

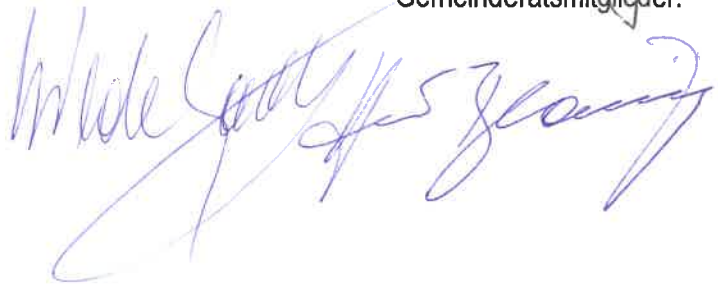
Der Schriftführer:



Die Bürgermeisterin:



Gemeinderatsmitglieder:



3 Anlagen

Ergeht an:
alle Gemeinderatsmitglieder
AL, z.d.A.

WAHLVORSCHLAG FÜR DEN GEMEINDEVORSTAND

Die „SPÖ“ als im Sinne des § 24 Abs. 2 der K-AGO, LGBl. Nr. 66/1998, zuletzt in der Fassung des Gesetzes, LGBl. Nr. 25/2017 vorschlagsberechtigte Gemeinderatspartei schlägt folgende Gemeinderatsmitglieder Gemeindevorstandsmitglied und als Ersatzmitglieder vor:

1. Zum sonstigen Gemeindevorstandsmitglied:

Herrn **Bacher Manfred**, geb. 1962
Wh. 9201 Krumpendorf am Wörthersee
Pirkerweg 63

zu seinem

Ersatzmitglied:

Herrn **Zedrosser Walter**, geb. 1955
Wh. 9201 Krumpendorf am Wörthersee
Bertha Straße 26/4

Die Vorsitzende wird ersucht, die vorstehend Genannten für gewählt zu erklären.

Krumpendorf am Wörthersee, 19. Dezember 2019

Unterschriften:

1. Muss von mehr als der Hälfte der Angehörigen der anspruchsberechtigten Partei unterschrieben sein.
2. Die Unterschriften auf dem Wahlvorschlag sind im Rahmen der Gemeinderatssitzung zu leisten.
3. Wahlvorschlag ist beim Vorsitzenden während der Sitzung einzubringen.

An den
Gemeinderat der
Gemeinde Krumpendorf am Wörthersee
Hauptstraße 145
9201 Krumpendorf am Wörthersee

Krumpendorf, am 18.12.19

Selbstständiger ANTRAG gem. §41 Abs. 1 K-AGO.

Der Gemeinderat möge beschließen:

RESOLUTION

**an die Kärntner Landesregierung
Nachtfahrverbot für laute Güterzüge**

Begründung

Viele Bewohner Krumpendorfs sind bereits durch Bahnlärm belastet. Bereits jetzt donnern jeden Tag besonders lärmintensive Güterzüge mit Geschwindigkeiten von weit über 50 km/h durch die Ortsgebiete und teilweise nur wenige Meter an den Hotelzimmern, Einfamilienhäusern und Wohnsiedlungen vorbei. Das Hauptproblem: Güterzüge fahren hauptsächlich in der Nacht und sind besonders lärmintensiv! Mit Inbetriebnahme der Koralmbahn ist mit einer weiteren, massiven Zunahme des Güterverkehrs zu rechnen!

Neueste Studie der Universitätsklinik Main bestätigt (Oktober 2019):

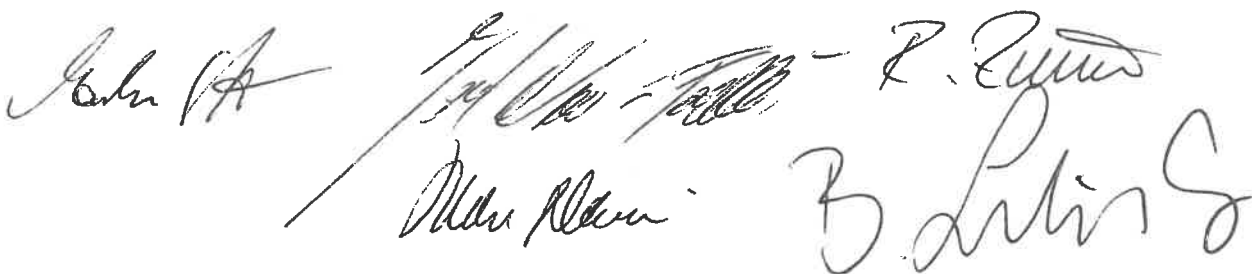
Nächtlicher Bahnlärm stellt großen Risikofaktor für Herz-Kreislauf-Erkrankungen dar.

Deutschland hat bereits zum Schutz lärmgeplagter Anwohner an Bahnstrecken ein **Verbot für laute Güterwaggons ab Ende 2020** auf deutschem Schienennetz beschlossen.

Um eine „Umfahrung“ der besonders lärmintensiven Güterzüge – speziell mit Inbetriebnahme der Koralmbahn – durch Österreich zu verhindern, müssen deshalb rechtzeitig Vorkehrungen zum Schutz der Bevölkerung getroffen werden.

Es ergeht daher das eindringliche Ersuchen der Gemeinderäte an die Mitglieder der Kärntner Landesregierung, sich für ein Nachtfahrverbot von lauten Güterzügen in der Zeit von 22.00 – 06.00Uhr durch das Ortsgebiet Krumpendorf beim zuständigen Bundesministerium einzusetzen.

Der Antrag wird von nachstehenden Gemeinderäten gestellt:

The block contains five handwritten signatures in black ink, arranged horizontally. From left to right, they appear to be: a stylized signature starting with 'A', a signature starting with 'F', a signature starting with 'P', a signature starting with 'B', and a signature starting with 'B'. The signatures are written in a cursive, somewhat informal style.

An den
Gemeinderat der
Gemeinde Krumpendorf am Wörthersee
Hauptstraße 145
9201 Krumpendorf am Wörthersee

Krumpendorf, am 18.12.19

Selbstständiger ANTRAG gem. §41 Abs. 1 K-AGO.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die Bürgermeisterin wird aufgefordert, sich gegenüber dem Land und dem Bund für ein Nachtfahrverbot von lauten Güterzügen in der Zeit von 22.00 – 06.00Uhr durch das Ortsgebiet Krumpendorf einzusetzen.

Begründung

Viele Bewohner Krumpendorfs sind bereits durch Bahnlärm belastet. Bereits jetzt donnern jeden Tag besonders lärmintensive Güterzüge mit Geschwindigkeiten von weit über 50 km/h durch die Ortsgebiete und teilweise nur wenige Meter an den Hotelzimmern, Einfamilienhäusern und Wohnsiedlungen vorbei. Das Hauptproblem: Güterzüge fahren hauptsächlich in der Nacht und sind besonders lärmintensiv! Mit Inbetriebnahme der Koralmbahn ist mit einer weiteren, massiven Zunahme des Güterverkehrs zu rechnen!

Neueste Studie der Universitätsklinik Main bestätigt (Oktober 2019):

Nächtlicher Bahnlärm stellt großen Risikofaktor für Herz-Kreislauf-Erkrankungen dar.

Deutschland hat bereits zum Schutz lärmgeplagter Anwohner an Bahnstrecken ein **Verbot für laute Güterwaggons ab Ende 2020** auf deutschem Schienennetz beschlossen.

Um eine „Umfahrung“ der besonders lärmintensiven Güterzüge – speziell mit Inbetriebnahme der Koralmbahn – durch Österreich zu verhindern, müssen deshalb rechtzeitig Vorkehrungen zum Schutz der Bevölkerung getroffen werden.

Der Antrag wird von nachstehenden Gemeinderäten gestellt:

